

Kasachstan. Das Freundschaftsabkommen lege eine solide juristische Grundlage für die weitere bilaterale Entwicklung im neuen Jahrhundert, verkündete Hu Jintao in einem Treffen mit Nasarbajew. Als Erfolg wertete Hu auch die Beilegung der Grenzstreitigkeiten zwischen beiden Staaten.

Nasarbajew versicherte, weiter an der Ein-China-Politik festzuhalten. Neben Jiang Zemin und seinem designierten Nachfolger traf der kasachische Präsident auch mit Chinas Ministerpräsident Zhu Rongji und dem chinesischen Verteidigungsminister Chi Haotian zusammen.

Beide Seiten lobten den bilateralen Handel, der im Jahr 2002 über 1,5 Milliarden US-Dollar erreichte und in Zukunft durch verstärkte Kooperationen ausgeweitet werden soll. Dabei spielen Öl, Gas sowie der grenzüberschreitende Transport eine große Rolle. Aber auch kultureller Austausch und Tourismus sollen weiter gefördert werden. China gab die Zustimmung bekannt, eine Öl- und Gas-Pipeline von Kasachstan nach Westchina zu bauen. Schließlich wurde eine Übereinkunft für den Bau einer Eisenbahnstrecke entlang der Seidenstraße getroffen, die China und Kasachstan mit Europa und Südostasien verbinden soll.

Die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der Shanghai Cooperation Organization sowie die gemeinsame Front im Kampf gegen den Terrorismus, die durch die Einrichtung des Zentrums für Terrorismusbekämpfung in Bishkek gestärkt werde, wurde von beiden Seiten gewürdigt. Jiang Zemin und Nasarbajew schlossen eine Übereinkunft über militärische und technische Hilfe und unterzeichneten ein „Abkommen über den gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus, Separatismus und Extremismus“ sowie ein „Abkommen über die Abwehr gefährlicher militärischer Aktivitäten“. (XNA, 21.12., 24.12., 25.12.02; Xinhua, 24.12.02, nach BBC PF, 25.12.02; Kazakhstan Today news agency, 25.12.02, nach BBC PF, 27.12.02; Kazakh Commercial Television, 26.12.02, nach BBC PF, 27.12.02; Kazakh Television first channel, 24.12.02, nach BBC PF, 25.12.02) -em-

## 9 30 Jahre diplomatische Beziehungen zu Australien und Neuseeland

Zum 30. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und Australien tauschten der chinesische Ministerpräsident Zhu Rongji und sein australischer Amtskollege John Howard Glückwunschschriften aus.

Auf der Basis der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz hätten sich die bilateralen Beziehungen reibungslos entwickelt, Zusammenarbeit und Freundschaft seien gestärkt worden. Dies sei wichtig für die Stabilität in der asiatisch-pazifischen Region, so die Worte Zhu Rongjis. Howard würdigte die Vielfalt der Übereinkünfte und Abkommen in Gebieten wie Verteidigung, Tourismus, konsularische Angelegenheiten und Völkerverständigung.

Li Peng, der bei dem Empfang zu diesem Anlass die chinesische Seite vertrat, lobte insbesondere die bilateralen Handelsbeziehungen. Er erinnerte auch an seinen Besuch in Australien im September. Diese Bezugnahme könnte unter Umständen gemischte Gefühle hervorgerufen haben, denn der damalige Besuch Li Pengs rief bei der australischen Öffentlichkeit – in Erinnerung an Li Pengs Rolle bei der Studentenniederschlagung im Jahr 1989 – große Proteste hervor. Chen Haoshu, der Präsident der Chinese People's Association for Friendship with Foreign Countries fungierte als Gastgeber des Banketts.

Die australische und neuseeländische Seite wurde jeweils von den Botschaftern in der chinesischen Hauptstadt repräsentiert. (XNA, 20.12., 22.12.02; C.a., 2002/09) -em-

---



---

## Innenpolitik

---



---

## 10 Erste Medienauftritte der neuen Führungsspitze – Hu Jintao und Zeng Qinghong

Seit dem Ende des XVI. Parteitags der KPCh Mitte November haben Hu Jintao, der neu ernannte Generalsekretär

der KPCh, und Zeng Qinghong, Leiter des ZK-Sekretariats, zu verschiedenen politischen Anlässen „wichtige Reden“ gehalten. Wiederholt sind sie dabei gemeinsam aufgetreten – offenbar auch, um verbreiteten Spekulationen einer persönlichen Rivalität zwischen ihnen beiden entgegenzutreten. Insgesamt zeigt sich die neue Parteispitze um Hu Jintao bemüht, den Eindruck eines routiniert arbeitenden Führungskollektivs mit einheitlichen politischen Vorstellungen zu vermitteln.

Hu Jintao ergriff während der zweiten Novemberhälfte mehrfach die Gelegenheit, sich als würdiger Fahnenträger der Sache des „Sozialismus chinesischer Prägung“ und parteiideologisch kompetente Führungsgestalt zu profilieren. Seine ersten Reden und schriftlichen Stellungnahmen, in denen er zum Studium des „Geistes des XVI. Parteitags“ aufrief, bestanden in erster Linie aus Paraphrasierungen der Parteitags-Dokumente. So stellte er in einem ersten nach dem Parteitag veröffentlichten Artikel „Ein programmatisches Dokument des Marxismus“ in erster Linie den kollektiven Entstehungsprozess des Parteitags-Berichts des ZK heraus, der über mehr als ein Jahr hinweg ausführliche Konsultationen und Sondierungen beinhaltete, gab aber sonst nur die wichtigsten Schlagwörter des Berichts ohne jegliche eigene inhaltliche Gewichtung wieder.

Dies änderte sich Anfang Dezember, als Hu Jintao dazu übergang, im Rahmen des Parteitags-Diskurses eigene Akzente zu setzen. Den 20. Jahrestag der Verabschiedung der geltenden Verfassung von 1982 am 4. Dezember nutzte er etwa zu einer „wichtigen Rede“, in der er die hohe Bedeutung von Verfassung und Recht herausstrich. Keine Organisation oder Einzelperson, so äußerte er, dürfe sich über die Verfassung hinwegsetzen. Insbesondere führende Parteikader mahnte er zum Respekt vor der Autorität der Verfassung und der gewissenhaften Umsetzung rechtsstaatlicher Normen. Konkreten Ausdruck verlieh er diesen Forderungen, indem er die Mitglieder des Politbüros darauf verpflichtete, sich ab nun in kollektiven Studiensitzungen regelmäßig mit Verfassung

und Recht der VR China zu beschäftigen. Die Stärkung rechtsstaatlichen Bewusstseins sei von großer Bedeutung für die Entwicklung der „sozialistischen Demokratie“ und des Aufbaus einer „sozialistischen politischen Zivilisation“. Die implizite Botschaft dieser Initiative dürfte die Aufforderung sein, politisches Handeln in Zukunft verstärkt auf eine Rechtsgrundlage zu stellen (vgl. zu Hu Jintaos Initiative den ausführlichen Beitrag zu den politischen Weichenstellungen des XVI. Parteitags im hinteren Teil dieses Heftes).

In den Folgetagen appellierte Hu Jintao erneut an die Spitze der Parteiführung, als er gemeinsam mit Zeng Qinghong und den anderen Mitgliedern des neu besetzten ZK-Sekretariats eine Reise nach Xibaipo in der Provinz Hebei unternahm. Dort hatte im März 1949 wenige Monate vor der Gründung der Volksrepublik unter der Führung Mao Zedongs eine wichtige Plenarsitzung des ZK der KPCh stattgefunden. Hu Jintao nutzte hier den Geist des „Großen Vorsitzenden“, um seine Parteigenossen an grundlegende revolutionäre Werte zu gemahnen. Er betonte, dass es zur Erreichung der auf dem XVI. Parteitag gesteckten Ziele unerlässlich sei, mit vereinten Kräften und unter Aufopferung persönlicher Interessen an der gemeinsamen Sache zu arbeiten. Die Mitglieder der neuen Führungsgeneration forderte er auf, die seinerzeit von Mao Zedong formulierten „Zwei Müssen“ („Wir müssen sicherstellen, dass die Kader fortgesetzt einen Arbeitsstil der Demut, Umsicht, frei von Arroganz und Unbesonnenheit, pflegen, und wir müssen sicherstellen, dass die Kader fortgesetzt einen Arbeitsstil harter Arbeit und harten Kampfes pflegen“) im Licht der „neuen Situation“ zu beherzigen und sich voll und ganz für die Erfüllung der neu gesteckten Ziele einzusetzen. Die bestehenden Probleme und Herausforderungen des Landes, insbesondere die sozialen und wirtschaftlichen Probleme wachsender Einkommensdisparitäten und eines durch den WTO-Beitritt Chinas verschärften internationalen Wettbewerbsdrucks, dürften keinesfalls verkannt werden; vielmehr gelte es, die Probleme realistisch einzu-

schätzen und die „schwere Last“ mit umso größerem Einsatz zu schultern.

Wiederum im Kreis mehrerer Mitglieder des ZK-Sekretariats, also unter Beisein Zeng Qinghongs, äußerte sich Hu Jintao am 15. Dezember zum Studium und zur Umsetzung des „Geistes des XVI. Parteitags“. Hier betonte er, wie wichtig es sei, die Parteimitglieder und Menschen landesweit „am Grunde ihres Herzens“ zu erreichen und dafür zu sorgen, dass die Botschaften des Parteitags in konkretes Handeln umgesetzt werden. Insbesondere gelte es, sich den praktischen Problemen der einfachen Leute anzunehmen und den einkommensschwächsten Gruppen zu einer Verbesserung ihres Lebensstandards zu verhelfen.

Zwei Tage später sprachen Hu Jintao und Zeng Qinghong gemeinsam vor einer nationalen Arbeitskonferenz zu organisatorischen Fragen der KPCh. Hu Jintao forderte die Herausbildung einer „energischen und tatkräftigen Führungsschicht, die entschlossen daran geht, die anstehenden Aufgaben zu erledigen“. In Zeiten der Probleme und Gefahren gelte es ganz besonders, Kreativität, Zusammenhalt und Kampfkraft der Parteiorganisationen zu stärken. Um neue Lösungen zu erarbeiten, müssten Führungskader auf allen Ebenen sich eingehend mit verschiedenen modernen Wissensbereichen befassen, von Politik, Ökonomie und Technologie über Geschichte und Recht bis hin zu fortschrittlichen Managementmethoden des Auslands. Zeng Qinghong sekundierte seinerseits mit einer „wichtigen Rede“, in der er alle Parteimitglieder dazu aufrief, die konkreten Forderungen Hu Jintaos gewissenhaft umzusetzen. Dies gelte insbesondere auch für Parteikader aus dem Unternehmens- und Managementbereich, die tatkräftig mit ihren Genossen zusammenarbeiten sollten – offenbar eine Mahnung an neue Parteimitglieder aus Unternehmenskreisen, keine Außenseiterrollen einzunehmen. Wie Hu Jintao forderte auch Zeng Qinghong die Schaffung eines „festen Führungskollektivs“.

Ende Dezember schließlich statteten Hu Jintao, Zeng Qinghong und andere Mitglieder des ZK-Sekretariats arbeitsteilig den „acht demokratischen Parteien“ und dem Allchinesischen

Bund für Industrie und Handel Antrittsbesuche ab. Im Lauf des November und Dezember hatten diese in der Politischen Konsultativkonferenz versammelten nichtkommunistischen Gruppierungen ihre Führungsgremien neu gewählt. Hu Jintao und seine Kollegen nahmen diese Gelegenheit zum Anlass, ihre Wünsche für eine Intensivierung der Mehrparteien-Kooperation zum Ausdruck zu bringen und die Angehörigen der „demokratischen Parteien“ und des Bundes für Industrie und Handel dazu aufzufordern, sich mit ihrer Expertise noch reger als bisher an den politischen Konsultationsprozessen zu beteiligen. Wenn es sich hier auch in erster Linie um Floskeln der politischen Etikette handeln dürfte, ist doch festzustellen, dass die konsultative Beteiligung dieser Gruppen am politischen Prozess sich in den vergangenen Jahren spürbar verstärkt hat. Vor allem im Kontext der parteistaatlich unterstützten Förderung des privaten Wirtschaftssektors hat der die Privatwirtschaft vertretende Bund für Industrie und Handel zahlreiche konstruktive Vorschläge erfolgreich eingebracht.

Wie diese Beispiele zeigen, scheint Hu Jintao nach seinem Amtsantritt um Dreierlei bemüht: Erstens versucht er, sich als primus inter pares innerhalb eines geschlossenen Führungskollektivs zu profilieren – ein Gestus, der von Zeng Qinghong bisher offenbar mitgetragen wird. Zweitens dürfte Hu mit seiner „Verfassungsoffensive“ ein relativ unmissverständliches Signal ausgesandt haben, dass das politische Handeln künftig stärker als bisher auf eine rechtsstaatliche Grundlage gestellt werden müsse; drittens schließlich scheint er um die Gunst benachteiligter Gruppen in der Gesellschaft bemüht, die er dadurch zu gewinnen versucht, dass er die Aufmerksamkeit auf die Lösung der Probleme derjenigen lenkt, die Opfer des gravierenden Einkommensgefälles und des verschärften internationalen Wettbewerbs in China sind. (Xinhua, 3., 4., 7., 15., 16., 17., 18., 26., 28.12.02, nach BBC PF, 5., 8., 10., 17., 18., 21., 27., 29.12.02; XNA, 16., 17., 27., 29.12.02; *Ta Kung Pao*, 30.11.02, nach BBC PF, 1.12.02; Willy Wo-Lap lam: „Hu Jintao: Playing by the Rules“, in: *China Brief*, vol.

3, issue 1 (14.1.2003), [http://china.jamestown.org/pubs/view/cwe\\_003-001-002.htm](http://china.jamestown.org/pubs/view/cwe_003-001-002.htm)) -hol-

## 11 Zeng Qinghong wird neuer Präsident der Zentralen Parteihochschule

Wie Anfang Januar bekannt wurde, ist Zeng Qinghong, Mitglied des im November neu bestimmten Politbüros und Leiter des ZK-Sekretariats, zum neuen Präsidenten der renommierten Zentralen Parteischule in Beijing ernannt worden. Er löst Hu Jintao ab, der das Amt offenbar aufgrund seiner neuen verantwortungsvollen Aufgaben als Generalsekretär der KPCh abgibt.

Hu Jintao war im Oktober 1993 zum Präsidenten der Zentralen Parteischule ernannt worden. Unter seiner Leitung hatte diese über ihre Funktion als nationale Kadenschmiede hinaus auch als Forschungseinrichtung erheblich an Profil gewonnen. Zahlreiche Studien zu politischen, ideologischen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen machten die Parteischule auch in internationalen Kreisen bekannt. Hu Jintao selbst soll unter anderem angeregt haben, die politischen Systeme anderer Länder, insbesondere auch das sozialdemokratische Modell Westeuropas zu erforschen, um darauf gegebenenfalls Leitbilder für die Entwicklung des politischen Systems der VR China zu erarbeiten. Gerade im Vorfeld des XVI. Parteitags scheint sich die Zentrale Parteischule zum derzeit meinungsführenden Think tank entwickelt zu haben – eine Rolle, die sie auch ihrem Standort als regelmäßiger Treffpunkt für Parteivertreter aller Ebenen verdanken dürfte.

Die Benennung Zeng Qinghongs zum neuen Präsidenten der Parteischule wird von vielen Beobachtern als ein weiterer geschickter Schachzug des scheidenden Jiang Zemin interpretiert, dem es damit erneut gelungen sei, einen seiner engsten Gefolgsleute in ein politisch einflussreiches Amt zu hieven und Hu Jintao den Zugang zu dieser wichtigen Machtbasis zu versperren. Diese machtpolitische Deutung, die Zeng Qinghong als den Wunschkandidaten Jiang Zemin für das Amt des Generalsekretärs der KPCh und somit als „natür-

lichen“ Rivalen des Amtsinhabers Hu Jintao projiziert, scheint allerdings allzu stark verkürzt. Alternativ zur angeblichen Rivalität zwischen Hu Jintao und Zeng Qinghong scheint es ebenso denkbar, dass beide Politiker sich innerhalb des neuen Führungskollektivs ergänzen werden. In Sachen der auf dem XVI. Parteitag angekündigten Reformen des politischen Systems (vgl. dazu den ausführlichen Beitrag zu den politischen Weichenstellungen des XVI. Parteitags im hinteren Teil dieses Heftes) scheinen beide bislang im Wesentlichen an einem Strang, nämlich dem einer Intensivierung innerparteilicher Demokratisierung, zu ziehen. Zeng Qinghong, der sich, so weit bekannt, bereits in den vergangenen Jahren um eine Institutionalisierung parteiinterner Abstimmungsverfahren bemüht hatte, erscheint in dieser Hinsicht als ein durchaus geeigneter Nachfolger Hu Jintaos an der Spitze der Zentralen Parteischule, von wo aus er den neuen Generalsekretär konstruktiv unterstützen könnte.

Darüber hinaus ist Zeng Qinghong allerdings auch zuzutrauen, dass er der Zentralen Parteischule schon bald seinen persönlichen Stempel aufprägen wird. So nutzte er die Gelegenheit einer Ansprache vor Vertretern der Parteischule Ende November dazu, eine durchaus eigenwillige Interpretation der Ergebnisse des XVI. Parteitags vorzunehmen, die sich durch einen stark pragmatischen Umgang mit parteiideologischen Formeln auszeichnete. Seine Souveränität und Flexibilität im Umgang mit ideologischen Fragen scheint verständlich, wenn es zutrifft, dass Zeng einer der Urheber des Konzepts der „Dreifachen Repräsentation“ und Kernstücks der neuen Parteiideologie des XVI. Parteitags ist. (XNA, 30.11.02; Xinhua, 5.12.02, nach BBC PF, 6.12.02; AWSJ, 5.12.02; Hong Kong AFP, 5.12.02, nach FBIS, 5.12.02; *Hsin Pao* (Hongkong), 27.12.02, nach FBIS, 27.12.02). -hol-

## 12 Stärkung des Sicherheitsapparats

Anfang Dezember ist Zhou Yongkang, der auf dem XVI. Parteitag der KPCh neu ins Politbüro gewählt worden war,

zum Minister für Öffentliche Sicherheit ernannt worden. Der 60-jährige Zhou löst Jia Chunwang ab, der zum Stellvertretenden Obersten Staatsanwalt ernannt wurde.

Die Bestellung Zhou Yongkangs zum Minister für Öffentliche Sicherheit erscheint überraschend, da er bislang über keinen einschlägigen professionellen Hintergrund im Sicherheitsbereich verfügt. Als Absolvent des Beijinger Petroleum-Instituts arbeitete Zhou die längste Zeit seiner beruflichen Laufbahn auf dem Ölfeld von Liaohe in Nordostchina. 1996 wurde er zum Präsidenten der China National Petroleum Corporation, des früheren Erdölministeriums, ernannt. 1998 bis 1999 fungierte er als Minister für Bodenverwaltung und natürliche Ressourcen, bevor er im Januar 2001 zum Parteisekretär der Provinz Sichuan bestimmt wurde. Erfahrungen im Bereich der Öffentlichen Sicherheit dürfte Zhou Yongkang am ehesten während dieser letzten Phase als Provinzparteisekretär gesammelt haben. Ungesicherten Informationen zu Folge soll er an der Niederschlagung tibetischer Unabhängigkeitsbewegungen in Sichuan beteiligt gewesen sein.

Unklar ist ferner, welchem Beziehungsnetzwerk Zhou Yongkang persönlich nahe steht. Während manche Beobachter ihn in die Nähe von Jiang Zemin bzw. Li Peng rücken, sehen andere in ihm einen engen Gefolgsmann von Zeng Qinghong, der auf dem XVI. Parteitag zum Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros und Leiter der ZK-Sekretariats aufgestiegen ist. So sollen Zhou Yongkang und Zeng Qinghong sich während ihrer gemeinsamen Tätigkeit im Erdölministerium angefreundet und seither enge persönliche Beziehungen unterhalten haben und zudem verschwägert sein. Vor diesem Hintergrund erkennen manche Kommentatoren in der Ernennung Zhou Yongkangs zum Minister für Öffentliche Sicherheit einen nepotistischen Schachzug Zeng Qinghongs.

Ungeachtet dieser personalistischen Spekulationen bedeutet die Besetzung des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit mit Zhou Yongkang eine deutliche Aufwertung dieses Ressorts, das die rund 1,6 Mio. Mann starke

Polizei umfasst. Denn seit Mitte der 1970er Jahre, als zuletzt der damalige Parteivorsitzende Hua Guofeng zugleich als Polizeichef fungierte, war das Amt des Ministers für Öffentliche Sicherheit nicht mehr mit einem Mitglied des Politbüros besetzt worden. Die Tatsache, dass mit Zhou Yongkang nun erstmals wieder ein Politbüromitglied, dazu ein Mitglied des organisatorisch einflussreichen ZK-Sekretariats, mit diesem Amt betraut wird, weist darauf hin, dass die Partei offenbar ein verstärktes Bedürfnis sieht, direkt auf den Polizeiapparat zurückzugreifen, der formal dem Staatsrat untergeordnet ist. Angesichts verbreiteter Krisenszenarien und der Furcht vor einer Ausbreitung von Arbeiter- und Bauernunruhen, sozialen Protestbewegungen oder separatistischen Aktivitäten scheint man sich für den Ernstfall besser wappnen zu wollen.

Seinen eigenen Äußerungen nach Antritt seines Amtes zu Folge soll Zhou Yongkang entschlossen sein, mit aller Härte gegen „feindliche Kräfte im In- und Ausland“ vorzugehen, die die öffentliche Ordnung zu unterwandern und zu stören drohen; dies gelte insbesondere auch für die Falungong-Bewegung sowie separatistische und terroristische Gruppierungen.

Andere Instrumente, die dem Parteistaat neben der Polizei und den verschiedenen Staatssicherheitsdiensten zur Sicherung seiner politischen Herrschaft durch Gewalteinsatz zur Verfügung stehen, sind die Volksbefreiungsarmee und die bewaffnete Volkspolizei. Das Budget der Ersteren war in den vergangenen Jahren regelmäßig aufgestockt worden; unbekannt ist die Höhe des für die bewaffnete Volkspolizei bereitgestellte Budget, die nach ungesicherten Schätzungen über rund 1 Mio. Einsatzkräfte verfügt. Sollte Zhou Yongkang, wie eine Quelle wissen will, auch als Chef (bzw. erster politischer Kommissar) der bewaffneten Volkspolizei vorgesehen sein, so würde hier eine sehr machtvolle Personalunion entstehen, die den Zugriff der Parteizentrale auf alle Bereiche der inneren Sicherheit weiter erleichtern würde. Neben Zhou Yongkang sind im Politbüro außerdem Luo Gan, der Leiter der ZK-Kommission für Politik und Recht, sowie Wu Guanzheng,

der Leiter der ZK-Disziplinkontrollkommission, (beide im Ständigen Ausschuss des Politbüros) vertreten. Damit sind alle zentralen Instanzen, die in China im Bereich von „Recht und Ordnung“ zuständig sind, im Politbüro gebündelt. (Zhongguo Xinwen She, 9.12.02, nach BBC PF, 11.12.02; Xinhua, 28.12.02, nach BBC PF, 30.12.02; SCMP, 7.12.02; AWSJ, 9.12.02; ST, 18.12.02; Willy Wo-Lap Lam, „The Dictatorship of the Proletariat“, in: *China Brief*, vol. 2, issue 25, 10.12.02) -hol-

### 13 Beginn des X. Nationalen Volkskongresses auf 5. März festgelegt

Auf der 31. Sitzung des Ständigen Ausschusses des IX. Nationalen Volkskongresses (NVK) Ende Dezember wurde festgelegt, dass der X. Nationale Volkskongress am 5. März 2003 beginnen wird. Seit 1998, als der IX. NVK gewählt wurde, begannen die jährlichen NVK-Plenartagungen, unabhängig vom Wochentag, immer am 5. März – offenbar ist hier in den letzten Jahren eine Tradition etabliert worden, die auch in der neuen Legislaturperiode ihre Fortsetzung finden soll.

Auf dem Kongress, der erfahrungsgemäß rund zwei Wochen in Anspruch nehmen dürfte, stehen zahlreiche Entscheidungen von großer Tragweite an. So werden vier Monate, nachdem anlässlich des XVI. Parteitags der KPCh die neuen Führungsgremien der Partei bestimmt worden sind, die personalpolitischen Entscheidungen für die höchsten Regierungsämter absegnen werden, wobei einige Kandidaten für wichtige Staatsratsämter bereits jetzt feststehen (vgl. Übersichten unten). Daneben ist der offiziellen Presse zu entnehmen, dass auf dem X. NVK neue umfassende Pläne zur Verwaltungsreform auf der Agenda stehen werden. Nachdem auf dem IX. NVK im März 1998 der damals neu zum Ministerpräsidenten bestimmte Zhu Rongji eine groß angelegte Strukturreform der Zentralregierung initiiert hatte, soll mit dem X. NVK offenbar eine neuerliche Reformrunde eingeleitet werden, die sich vor allem dem Ziel widmen dürfte, den ministeriellen

Ressortzuschnitt weiter zu optimieren und den Anforderungen der beschleunigten außenwirtschaftlichen Öffnung Chinas im Rahmen seiner WTO-Mitgliedschaft anzupassen.

Bereits jetzt scheint außerdem festzustehen, dass die Agenda des X. NVK mit diesen beiden Schwerpunkten bereits so weit ausgefüllt sein wird, dass ein dritter wichtiger Themenbereich, nämlich eine neuerliche Abänderung der Verfassung, auf die Zeit nach dem Kongress verschoben werden muss. So meldeten Beijing-nahe Hongkonger Quellen, dass der Ständige Ausschuss des X. NVK sich unmittelbar nach seiner Konstituierung im März 2003 mehreren anstehenden Verfassungsänderungen widmen werde, die sich aus den Ergebnissen des XVI. Parteitags der KPCh ergeben hätten. Dazu gehörten die Integration der Jiang Zemin zugeschriebenen „wichtigen Idee“ der „Dreifachen Repräsentation“ und der Forderung nach dem Aufbau einer „sozialistischen politischen Zivilisation“ (vgl. dazu ausführlich den Beitrag zu den politischen Weichenstellungen des XVI. Parteitags im hinteren Teil dieses Heftes) in das Verfassungsgerüst, ferner Nachbesserungen im Bereich des Menschenrechtsschutzes und des Schutzes privaten Eigentums. Eine Verabschiedung der anstehenden Verfassungsänderungen sei bis Ende 2004 zu erwarten. (Xinhua, 28.12.02, nach BBC PF, 30.12.02; XNA, 29.12.02; *Wen Wei Po*, 16., 17., 25.12.02, nach FBIS, 16., 17., 25.12.02) -hol-

### 14 Politische Eignungstests im Mediensektor ab 2004

Wie das Staatliche Hauptamt für Presse- und Verlagswesen Anfang Dezember bekannt gab, sollen mit Beginn des Jahres 2004 landesweit obligatorische Eignungstests für Journalisten eingeführt werden. Die Vergabe von Arbeitslizenzen für die rund 500.000 in China tätigen Journalisten soll in Zukunft vom Bestehen regelmäßiger Prüfungen abhängig gemacht werden.

Die Pläne, die vom Ministerium für Personalwesen ausgearbeitet wurden und vom Staatlichen Hauptamt ausgeführt und überwacht werden sollen, sehen vor, dass Journalisten künf-

tig Kenntnisse der relevanten Bestimmungen im Publikationsbereich, den Verfahrensregeln im Nachrichtenwesen, der staatlichen Politik im Presse- und Verlagswesen sowie mit den parteiideologischen Grundsätzen der KPCh nachweisen müssen. Journalisten, die die entsprechenden Prüfungen nicht bestehen, sollen diese innerhalb eines Zeitraums von drei bis fünf Jahren wiederholen können. Wer wiederholt scheitert, müsse mit einem Verlust seiner Arbeitslizenz rechnen.

Nach offizieller Darstellung dienen die neuen Bestimmungen dazu, durch die Sicherung professioneller Mindeststandards und die Förderung von Wettbewerb im Mediensektor die Qualität journalistischer Arbeit anzuhoben.

Kritiker aus dem In- und Ausland befürchten hingegen, dass die parteistaatlichen Kontrollinstanzen damit ein weiteres Instrument zur Zensur journalistischer Berichterstattung erhalten. Das bisherige Kontrollsystem beruhte in erster Linie auf dem Prinzip der Selbstzensur; dabei hatte ein Journalist umso eher damit zu rechnen, aufgrund politischer Fehler entlassen oder degradiert zu werden, je weiter oben in der Hierarchie des Nachrichtenwesens er stand. In Presseorganen auf der Provinz- und lokalen Ebene hingegen bestanden relativ große Freiräume für kritischen investigativen Journalismus. Mit der Einführung der neuen Eignungstests könnte sich dies ändern, da die Prüfungen zukünftig für alle Journalisten landesweit verbindlich werden sollen, gleich, auf welcher administrativen Ebene sie angestellt sind und ob sie einem staatlichen oder privaten Arbeitgeber zugeordnet sind.

Allerdings wird sich zeigen müssen, wie strikt die neuen Bestimmungen tatsächlich angewendet werden. In der Praxis dürfte es in jedem Einzelfall zu einer Abwägung zwischen dem Ziel politisch-parteiideologischer Korrektheit einerseits und dem Ziel kommerzieller Wettbewerbsfähigkeit andererseits kommen. In den vergangenen Jahren mussten sich die offiziellen Sprachrohre der Partei und Regierung zunehmend im freien Wettbewerb mit nichtstaatlichen Medienhäusern behaupten. Vor diesem Hinter-

grund könnten die jüngsten Bestimmungen dem Ziel dienen, den Wettbewerbsdruck zu entschärfen, der auf den offiziellen Medien lastet, nachdem sich gezeigt hat, dass sie diesem nur bedingt standhalten können.

Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang etwa eine in der online-Ausgabe der *Volkszeitung* herausgegebene Meldung von Mitte Dezember, wonach die neue Parteiführung der Provinz Guangdong dem Propagandaapparat der Provinz angeordnet habe, die Verbreitung der wichtigsten Parteiorgane der *Volkszeitung* (*Renmin Ribao*) und der Theoriezeitschrift *Wahrheitsuche* (*Qiushi*) durch eine ausreichende Zahl von Abonnements staatlicher Stellen sicherzustellen. Diese Aufforderung stellt eine Umkehr der Politik der letzten Jahre dar, als die Zahl administrativ verfügbarer Pflichtabonnements gezielt herabgefahren worden war, um die parteistaatliche Presse vom „Tropf“ staatlicher Subventionen zu entwöhnen und für den freien Wettbewerb zu rüsten. Zumindest in der südostchinesischen Provinz Guangdong, wo in der unmittelbaren Nachbarschaft Hongkongs ein breites Spektrum an professionellen Print- und audiovisuellen Medien privater und halbstaatlicher Anbieter erhältlich ist, scheint dieses Rezept nicht zum gewünschten Erfolg geführt zu haben – wie der besagte Artikel andeutet, sind die Verkaufszahlen der *Volkszeitung* stetig im Sinken begriffen. Ob die Einführung von journalistischen Eignungstests diesen Trend allerdings umkehren werden, erscheint mehr als fraglich. (SCMP, 7.12.02; RMRB online, 11.12.02, nach BBC PF, 21.12.02; NZZ, 12.12.02) -hol-

### 15 Jahresrückblick: Die zehn wichtigsten inländischen Nachrichten des Jahres 2002

Zum Jahresende veröffentlichte die *Volkszeitung* eine Liste der zehn wichtigsten Ereignisse, die im zurückliegenden Jahr die chinesische Medienwelt beschäftigt hatten. In chronologischer Reihenfolge waren dies:

1. mehrere politische Initiativen zur Verbesserung der Lebenssituation bedürftiger Bevölkerungsgruppen,

2. wie sie auf zwei Politbürositzungen im Februar und Dezember sowie auf einer nationalen Konferenz zur Beschäftigung formuliert wurden (vgl. C.a., 2002/3, S.266-274);
2. die erfolgreichen Starts der Raumkapseln „Shenzhou III“ und „Shenzhou IV“ im März und Dezember (vgl. C.a., 2002/4, Ü 25 sowie die Übersicht in der Rubrik „Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft und Kultur“ in diesem Heft);
3. die Absturzkatastrophen zweier chinesischer Passagierflugzeuge im April und Mai, die Anlass für eine landesweite Kampagne zur Stärkung der Flug- und betrieblichen Sicherheit gaben (vgl. C.a., 2002/5, Ü 15);
4. die „wichtige Rede“ Jiang Zemins am 31. Mai vor der Zentralen Parteischule, in der er das Konzept der „Dreifachen Repräsentation“ und des „Sozialismus chinesischer Prägung“ weiterentwickelte (vgl. C.a., 2002/6, Ü 10);
5. Fortschritte bei mehreren nationalen Großbauprojekten, so der Baubeginn der Erdgas-Pipeline von West- nach Ostchina im Juli, die Beendigung der zweiten Bauphase des Drei-Schluchten-Staudamms im November und der Baubeginn eines Projekts zur Wasserumleitung von Süd- nach Nordchina, des weltweit größten seiner Art, im Dezember (vgl. C.a., 2001/11, Ü 19; 2002/10, Ü 15);
6. der Erlass neuer „Bestimmungen zur Auswahl und Einstellung von Führungskadern in Partei und Regierung“ des ZK der KPCh, die darauf abzielen, ein Kontingent an gut ausgebildeten und fachlich qualifizierten sowie politisch verantwortungsvollen und moralisch integren Partei- und Regierungskadern heranzubilden (vgl. C.a., 2002/7, Ü 12);
7. die Erfolge chinesischer Sportler bei den Asienspielen in Korea im September und Oktober sowie bei den olympischen Winterspielen in Salt Lake City im Februar;
8. der XVI. Parteitag der KPCh, dessen ideologische Neuerungen und personalpolitische Entscheidungen in die Parteigeschichte eingehen werden (vgl. den aus-

- fürhlichen Beitrag zu den personellen Entscheidungen und politischen Weichenstellungen des XVI. Parteitag der KPCh, Teil I, C.a., 2002/11, S.1263-1275, sowie Teil II im hinteren Teil dieses Heftes);
9. der Zuschlag für die Austragung der World Expo 2010, den Shanghai im Dezember erhielt (vgl. die Übersichten in den Rubriken „Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft und Kultur“ und „Außenwirtschaft“ in diesem Heft);
  10. sowie das kontinuierlich hohe Wachstum der chinesischen Wirtschaft, das im Jahr 2002 eine Wachstumsrate von 8% erreichte.

Interessant ist die Gegenüberstellung dieser zehn inländischen Top-Events der *Volkszeitung* mit den zehn wichtigsten Meldungen des Jahres 2002, wie sie im englischsprachigen Service von der Xinhua-Nachrichtenagentur für das internationale Publikum zusammengestellt wurden. Übereinstimmend wurden auch hier der XVI. Parteitag der KPCh (Rang 1), die Wirtschaftswachstumsrate von 8% (Rang 2), der Zuschlag Shanghais für die Austragung der World Expo 2010 (Rang 3), der Fortschritt bei den nationalen Großbauprojekten (Rang 5), die beschäftigungspolitischen Maßnahmen der parteistaatlichen Führung (Rang 7) und die beiden Flugzeugabstürze (Rang 10) benannt. An die Stelle der anderen in der *Volkszeitung* genannten Ereignisse traten hingegen Meldungen, die aus offizieller Sicht für die chinesischen Außenbeziehungen offenbar von besonderer Relevanz sind:

mühungen Chinas zur Kodifizierung seines Zivilgesetzbuches.

- Rang 8 war, diesmal an die Adresse der internationalen Geschäftswelt gerichtet, der Meldung gewidmet, dass der Staatsrat im zurückliegenden Jahr in 789 Fällen bislang erforderliche administrative Genehmigungsverfahren abgeschafft und das Genehmigungssystem insgesamt tief greifend reformiert habe.
- Auf Rang 9 folgte schließlich die Nachricht, dass die Computerfirma Legend einen Super-Computer mit einer Prozessorgeschwindigkeit von 1,027 Milliarden Rechenoperationen pro Sekunde entwickelt habe (das Modell „Shenteng 1800“ hat in einer im November in den USA veröffentlichten Liste der 500 weltweit schnellsten Super-Computer den 43. Rang eingenommen; <http://de.biz.yahoo.com/021118/297/32nse.html>).

Wie diese Meldungen nahe legen, ist man von offizieller Seite offenbar bemüht, im Ausland das Bild eines ökonomisch erfolgreichen, technologisch fortschrittlichen und weltoffenen Landes mit Aussicht zu projizieren, das Aussicht auf einen Aufstieg zur wirtschaftlichen Supermacht in absehbarer Zeit hat. Dieses Bild wird ergänzt durch Aspekte eines verantwortungsvollen Sozialstaats, dem die Bedürfnisse einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen am Herzen liegen, und eines modernen Rechtsstaats mit einem fortschrittlichem Zivil- und Wirtschaftsrecht, in dem sich der oft beklagte Bürokratismus auf dem Rückzug befindet. Die Xinhua-Nachrichtenagentur trifft damit die Erwartungen sehr gut, mit denen internationale Geschäftskreise und politische Beobachter auf China blicken. Ob und inwieweit dieses Bild auch für die neue Führungsgeneration unter Hu Jintao handlungsleitend ist, bleibt abzuwarten. (RMRB, 31.12.02; XNA, 29.12.02) -hol-

---

## Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

---

### 16 Erfolgreicher Raumflug

Am 30. Dezember, 0.40 Uhr Beijinger Zeit, startete eine Rakete „Langer Marsch II F“ vom Raumfahrtcenter Jiuquan in der Provinz Gansu und beförderte die Raumkapsel „Shenzhou IV“ erfolgreich in eine Erdumlaufbahn. Die Bedeutung, die die chinesische Führung diesem Ereignis beimaß, wurde durch die Anwesenheit verschiedener Spitzenpolitiker deutlich, darunter Li Peng und die Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros der KP Chinas Wu Bangguo und Jia Qinglin. Li Peng, Vorsitzender des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses, hielt nach dem Start eine „wichtige Rede“, in der er nicht nur den „Stolz der Nation“ über das „glückliche Ereignis“ ausdrückte, sondern sich auch überzeugt zeigte, es werde den nationalen Ehrgeiz steigern sowie die Verteidigungsfähigkeit des Landes und das Prestige Chinas heben helfen (GMRB, 30.12.03). Auch Präsident Jiang Zemin sandte per Telegramm seine Glückwünsche und hob hervor, dass dieser „historische Erfolg“ das chinesische Volk bei der Umsetzung des Geistes des XVI. Parteitages stimulieren werde (XNA, 30.12.02).

Für China stellte dieser Raketenstart den letzten Versuch auf dem Weg zum ersten bemannten Raumflug dar (vgl. C.a., 2002/10, Ü 8). Und wie die euphorischen Floskeln in den Glückwunscheden deutlich machen, verspricht sich die Regierung davon nicht nur neue wissenschaftliche Erkenntnisse in der Erkundung des Raums, sondern vor allem auch ein Vorstoßen Chinas in die Spitze der Raumfahrtationen, zumal die USA und Russland ihre Aktivitäten im letzten Jahrzehnt stark eingeschränkt haben und sich auf den Bau und Betrieb einer internationalen Raumstation konzentrieren. China will nun als dritte Nation einen bemannten Raumflug komplett vom Start bis zur Landung zustande bringen und hat dafür nach ei-